Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/996

29. 03. 95

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Willibald Jacob und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995
— Drucksachen 13/50 Anlage, 13/414, 13/520, 13/527, 13/528, 13/966, 13/529 —

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 23 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titel 186 01-023 – Tilgung von Darlehen der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und Rückflüsse aus Treuhandbeteiligungen in Entwicklungsländern – wird der in der Beschlußempfehlung enthaltenen Änderung des Haushaltsvermerks nicht gefolgt.

Bonn, den 28. März 1995

Dr. Winfried Wolf
Dr. Willibald Jacob
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Umwandlung von öffentlichen Titeln an Schulden der „Dritten Welt" in solche in privater Hand oder in der Hand von nichtöffentlichen Unternehmen bzw. Finanzinstituten ist in dreifacher Hinsicht skandalös:

1. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß die Auslandsschulden der „Dritten Welt" heute der entscheidende Hemmschuh für eine positive Entwicklung dieser Regionen sind.

   Die im Jahr 1995 auf 2 000 Mrd. US-Dollar aufgelaufene Schuld der Länder des Südens bei den Staaten und Banken im reichen Norden und der jährliche Schuldendienst von 163 Mrd. US-Dollar sind direkt verantwortlich zu machen für den sich aus-

breitenden Hunger, für zunehmende Kinderarbeit und Frauenversklavung und ganz allgemein für das sich verbreitende Massenelend in der „Dritten Welt". Dabei haben die Länder des Südens, so eine Berechnung von WEED (Wirtschaft, Ökologie und Entwicklung e. V.), in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen Schuldendienst in Höhe von 2 500 Mrd. US-Dollar an ihre Gläubiger transferiert, d. h. sie haben bereits mehr an Schuldendienst bezahlt, als die Gesamthöhe der Drittweltschulden ausmacht. Wenn die Regierungen und Banken im reichen Norden darauf bestehen, daß die Drittweltschulden in nur marginal reduziertem Umfang mit Zins und Tilgung zurückbezahlt werden müssen und sich weigern, diese Schulden ganz oder weitgehend zu streichen, dann ist dies der entscheidende Skandal im Nord-Süd-Verhältnis. Diese Auffassung wird heute von den meisten Nichtregierungsorganisationen, von der Solidaritätsbewegung mit der „Dritten Welt" und von einem großen Teil der in diesem Bereich engagierten kirchlichen Kräfte geteilt.

2. Die Umwandlung von Schuldentiteln der „Dritten Welt" in Eigentumstitel an Ressourcen, Währungen, Aktien etc. (u. a. debt-to-equity-swaps) macht die Schuldenkrise der „Dritten Welt" zum Hebel eines Rekolonialisierungsprozesses.

   Ausgangspunkt ist auch hier das moralisch verwerfliche Festhalten an der Berechtigung dieser Drittweltschulden. Nun werden Schuldentitel mit einem Abschlag in nationale Währungen oder in Aktien an Unternehmen etc. in dem Land, auf den sich die Schuldentitel beziehen, umgewandelt. Diese Operationen werden beschleunigt durch die Privatisierungsprogramme, welche viele Regierungen der „Dritten Welt" als Teil der „Strukturanpassungsprogramme", welche Weltbank und IWF ihnen im Rahmen von Umschuldungen usw. auferlegt haben, im Augenblick umsetzen. Bisher staatliche Telefongesellschaften, Ölfirmen, Fluglinien, Bergwerke usw. gelangen auf diese Weise in den Besitz von Unternehmen und Banken des Nordens, oftmals derjenigen Länder, welche vor 50 oder 100 Jahren Kolonialmächte waren. Die strukturelle Abhängigkeit von den Ländern des Nordens, in welcher sich die „Dritte Welt" im Rahmen des Weltmarkts, des „ungleichen Tauschs", der sich zu Ungunsten des Südens verschlechternden „terms of trade" (Exportaustauschpreise) ohnehin befindet, wird ergänzt und gesteigert durch immer mehr direkte Eigentumstitel an Grund und Boden, an Bodenschätzen, an Unternehmen (und damit Verfügung über Arbeitskraft), über welche der reiche Norden im verarmenden Süden verfügt.

3. Öffentliche Schuldentitel hatten im Vergleich zu solchen in privater Hand für die Länder des Südens eine Reihe von Vorteilen. Die Umwandlung dieser Schuldentitel verschärft die negativen Folgen, welche sich daraus für die Dritte Welt ableiten lassen.

   Vor allem aber sind die Inhaber solcher öffentlicher Drittweltschuldentitel – Regierungen oder staatliche Institute – empfindlicher gegenüber politischem Druck. Für Solidaritätsgrup-

pen und Nichtregierungsorganisationen war und ist es aussichtsreicher, sich mit entsprechenden Appellen an Regierungen als an internationale Finanzinstitute zu richten. Indem die Bundesregierung und andere westliche Regierungen diese Titel nun auf dem freien Markt verkaufen, privatisieren sie daraus entstehende Ansprüche und tragen dazu bei, daß die negativen Folgen, die aus diesen Titeln erwachsen, größer werden können. In jedem Fall erfolgt eine Anonymisierung. Anonymität und Abbau von gesellschaftlicher Kontrolle waren schon immer ein besonders guter Nährboden für abnehmende Verantwortlichkeit und asoziale Verhaltensweisen. Durch den Verkauf der Schuldentitel wird der Korruption Vorschub geleistet. Mit Bestechungsgeldern kann erwirkt werden, gerade lukrative Teile der staatlichen Unternehmen an den Investor zu verkaufen.

Im übrigen gingen die entsprechenden Drittweltländer bei der Ausgangssituation, als die entsprechende Schuld vereinbart wurde, davon aus, daß die Gläubigerin der Staat X oder die Regierung Y sei. Indem nachträglich ein neuer, in der Regel privater Gläubiger eingesetzt wird, werden grundlegende Vereinbarungen nachträglich geändert, eine im internationalen Vertragsrecht zumindest anfechtbare Vorgehensweise.

Die Argumente der Befürworter solcher Umwandlungen sind nicht überzeugend.

a) Das Argument, es würde mit den Geldern vor allem investiert in Unternehmen, die der Entwicklung des Landes dienen würden, ist nicht belegt. Im Gegenteil: Bei dem größten Teil der Käufe wird es sich um Aufkäufe bereits bestehender staatlicher Dienstleistungs- und Produktionsunternehmen oder aber um erschlossene Rohstoffquellen handeln. Darüber hinaus zielt das Programm lediglich auf eine Verbesserung der Außenhandelsbilanz. Denn die Bundesregierung verknüpft den Verkauf der FZ-Schuldentitel unter anderem mit der Auflage, Investitionen zu tätigen, die allein auf den Export ausgerichtet sind. Die Erfahrungen zeigen, daß dieser Weg heute keine Perspektive für die armen Länder ist, um aus dem Massenelend herauszukommen.

b) Zum Argument, solche Umwandlungen könnten nur zustande kommen, wenn die Regierungen der entsprechenden Länder zustimmen würden, ist zu sagen: Bei fast allen Drittweltländern liegt in jedem Fall eine grundsätzliche Notlage vor, in welcher sie immer im Sinne der Interessen der Länder des Nordens erpreßt werden können. Die Schuldenkrise wirkt längst wie ein Strick um den Hals , so daß ein Ja zu solchen Umwandlungen in aller Regel als Resultat einer Erpressung angesehen werden kann. Während beim privaten Schuldnerrecht bei Vorliegen einer Überschuldung die Möglichkeit zu einem Offenbarungseid und einem Neuanfang eingeräumt wird, wird dies de facto den Ländern des Südens verweigert.

   Darüber hinaus werden gerade diktatorische Regimes gestärkt, weil sie durch den Verkauf von Schuldentiteln in

die Lage versetzt werden, sich privat zu bereichern. Viele dieser Regierungen können nicht als legitime Vertreter ihrer Länder angesehen werden. Sie sind vielfach korrupt und in starkem Maße für die Interessen des Nordens empfänglich.

c) Es wird entgegengehalten, es erfolge eine Umwandlung in die jeweilige nationale Währung, was die Devisenabhängigkeit der entsprechenden Drittweltländer reduziere.

Dagegen ist festzustellen: Ziel der Umwandlungen ist ja gerade die Nutzung der Drittweltschuld, um Eigentumstitel im betreffenden Land selbst zu erwerben. Da ist es nur logisch, eine Umwandlung in die entsprechende Währung vorzunehmen, wobei die entsprechenden Geldtitel ja nur ein kurzes Zwischenstadium darstellen vor der Umwandlung in andere Eigentumstitel (Grund und Boden, Firmen usw.).

d) Weiter wird angeführt, bei der Umwandlung komme es zu einem größeren Abschlag auf die ursprüngliche Schuld.

Hierzu ist festzustellen: Es ist umgekehrt ein Skandal, daß der Handelsabschlag, dem so gut wie alle Drittweltschulden bei einem Handel zu Marktbedingungen unterliegen würden, nicht grundsätzlich gewährt wird und in der Regel gegenüber dem Schuldnerland mit der Schuld im Umfang von 100 Prozent des ursprünglichen Titels aufgetreten wird. Wenn bei einer Umwandlung ein solcher Abschlag gewährt wird, dann wird nur die Logik des Markts akzeptiert, während sie zuvor außer Kraft gesetzt wurde.

e) Schließlich wird argumentiert, es seien nur geringe Summen, welche für solche Umwandlungen in Betracht kommen würden.

Auch dies ist ein zweifelhaftes Argument. Etwas unmoralisch ist immer noch unmoralisch. Im übrigen mögen die in Frage stehenden Summen „peanuts" aus der Sicht des reichen Nordens darstellen. Aus dem Blickwinkel der Menschen in der Dritten Welt dürfte es sich anders darstellen. Wenn beispielsweise die ägyptische Regierung pro Jahr Schulden in Höhe von 1,2 bis 1,5 Mrd. US-Dollar umwandeln will, dann ist die Frage berechtigt: Was kostet Kairo?

Im übrigen gilt: Jeder Einstieg beginnt schleichend und mit kleinen Schritten. Er kann sich zur Lawine ausweiten, zumal dann, wenn nun Regierungen und staatliche Institutionen mit dem schlechten Beispiel vorangehen, und damit grundsätzlich solche Umwandlungen sanktionieren.

Bilanz

Unter den gegebenen Bedingungen läuft die Operation Umwandlung öffentlicher Schuldentitel in der „Dritten Welt" darauf hinaus,

— daß die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur Privatisierung der Drittweltschulden leistet,

— daß die Bundesregierung akzeptiert, daß die Schuldenkrise der „Dritten Welt" damit eine Eigendynamik gewinnt, welche die negativen Folgen für die Länder des Südens verstärkt,

- daß die Bundesregierung diese unmoralische Politik aus einem ebenso banalen wie zynischen Grund verfolgt: Sie will mit den Schuldentiteln des verarmenden Südens Kasse machen,
- daß bei einem weiteren Rückgang der Entwicklungshilfe im Gesamthaushalt auf diesem Weg kapitalstarke Unternehmen subventioniert werden.

Wir fordern dagegen zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen und anderen Solidaritätsgruppen – wie dieses von WEED konkretisiert wurde –:

- die sofortige Streichung der Schulden der ärmsten Länder und
- mittelfristig die Streichung des größten Teils der Drittweltschulden.

Solidarität mit dem Süden heißt heute als erstes, diesen von der erdrückenden Schuldenlast zu befreien.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333